Presseinformation

19. Januar 2004

Anerkennung für Niederösterreichs Einsatz bei nachwachsenden Rohstoffen

Landesrat Plank für rasche Regelung bei Ökostromverträgen

"Die neuen EU-Mitgliedsstaaten unternehmen große Anstrengungen, sich mit ihren Produkten am Markt zu positionieren. Und sie treten dabei mit großem Selbstbewusstsein auf." Dieses Resümee zog am Samstag Landesrat Dipl.Ing. Josef Plank zum Abschluss seines mehrtägigen Berlin-Aufenthalts, in dessen Mittelpunkt der Besuch der Internationalen Grünen Messe stand. Ziel müsse es nun sein, durch gezieltes Marketing und Überzeugungsarbeit Marktanteile in den neuen Märkten zu erobern und heimische Produkte wie Fleisch, Milch oder Wein in den Regalen der unmittelbaren Nachbarländer unterzubringen.

Plank nützte am Freitag Abend bei einem Empfang der Deutschen Centralen Marketing Agentur auch die Gelegenheit, u.a. mit den Landwirtschaftsministern von Bayern, Josef Miller, und von Baden-Württemberg, Willi Stächele, Gespräche in Bezug auf die Umsetzung der GAP-Reform zu führen. Geschätzt werde in Österreich die hohe Lebensmittelsicherheit, so Plank, der sich neben einer verstärkten Zusammenarbeit auf regionaler Ebene für den weiteren Einsatz nachwachsender Rohstoffe aussprach. Im Bereich der Biomasse kann Niederösterreich auf große Erfolge verweisen, bereits gut 200 Anlagen sind in Niederösterreich in Betrieb. Die Investitionen seit 1983 beliefen sich hier auf rund 210 Millionen Euro. Allein seit 2001 konnte dadurch der CO2-Ausstoß um 138.000 Tonnen verringert werden.

Sorgen bereitet Plank die Tatsache, dass es derzeit keine Öko-Stromverträge gibt. Die derzeitige Notlösung könne nicht akzeptiert werden, hier stehe die Glaubwürdigkeit auf dem Spiel, stellte Plank klar. In einem Brief an Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und die Minister Dr. Martin Bartenstein und Dipl.Ing. Josef Pröll werde auf diesen Umstand hingewiesen. "Mit der derzeitigen Regelung sind allein in Niederösterreich Investitionen in der Höhe von 55 Millionen Euro massiv gefährdet", so Plank. Es müsse deshalb eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden, denn im Ökostromgesetz sei die Verpflichtung zur Abnahme der Ökoenergie festgeschrieben.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at

E-Mail: presse@noel.gv.at